



Aktuelle Debatte

—

Fraktion CDU

Demokratische Prozesse brauchen Achtung, Respekt und Akzeptanz.

Es wird beantragt, zur 23. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 7./ 8. September 2023 eine Aktuelle Debatte zum o. g. Thema durchzuführen.

Begründung

Das aktuelle Agieren und die damit verbundenen Entscheidungen der Bundesregierung beeinflussen das Vertrauen der Menschen in die Politik. Dem vorschnellen Handeln der Bundesregierung zum Heizungsgesetz wurde vom Bundesverfassungsgericht Einhalt geboten. Die Bundesverfassungsrichter urteilten, dass „den Abgeordneten nicht nur das Recht zusteht, im Deutschen Bundestag abzustimmen, sondern auch das Recht zu beraten. (...) Es käme zu einem erheblichen Eingriff in die Autonomie des Parlaments.“¹

Das Urteil steht exemplarisch für die politische Entwicklung im Bund, Vorhaben der Ampel-Koalition in beschleunigten Verfahren durch das Parlament bringen zu wollen. Bereits im November 2021 wurde das damalige Infektionsschutzgesetz während der ersten namentlichen Abstimmung des Bundestages nach der Wahl durch die Koalition von SPD, FDP und GRÜNEN ohne ausreichende Beratungsmöglichkeiten durch das Parlament verabschiedet. Bis zum Sommer des Jahres 2023 sollten drei weitere Gesetzentwürfe der Koalition unter Verkürzung der vorgesehenen Fristen durch das Parlament verabschiedet werden. Diese Verabschiedungen waren geprägt von geringeren Beratungszeiten, fehlendem Argumentaustausch und der Missachtung von parlamentarischen Gepflogenheiten. Darüber hinaus führt ein solches Agieren zu einem Verlust von Vertrauen und Akzeptanz in das System „Politik“ und die dazugehörigen Institutionen aller Ebenen.

¹ BVerfG, Urteil vom 5. Juli 2023 -2 BvE 4/23-.

Auch der Ministerpräsident unseres Bundeslandes hat das Agieren der Ampelregierung scharf kritisiert. So muss auch den Mitgliedern des Bundesrates als Vertretern der Länder auf Bundesebene eine faire Chance zur Auseinandersetzung mit Themen von nationalem Interesse und flächendeckender Beachtung gewährleistet werden.

Laut einer Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Universität Bonn aus dem Jahr 2022 sind mehr als die Hälfte der Befragten unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert.² Darüber hinaus liegt die Zufriedenheit mit der Demokratie in den neuen Bundesländern bei nur noch 34 %³.

Verlorenes Vertrauen wiederherzustellen kann nur gelingen, wenn politische Debatten und Initiativen respektvoll und transparent auf allen Ebenen geführt werden können. Politische Entscheidungen können nur umgesetzt und geachtet werden, wenn die Menschen auf dem Weg mitgenommen werden.

Guido Heuer
Fraktionsvorsitz

² Umfrage FES/Universität Bonn 2022 „Demokratievertrauen in Krisenzeiten“.

³ Ebd.